



Heinz Hauser

Diskurs über Globalisierung

Streitgespräch zwischen Prof. Dr. Heinz Hauser, Universität St. Gallen, und Dr. Richard Gerster, freier Publizist und Berater



Richard Gerster

Hauser: Bevor wir in die Debatte einsteigen, möchte ich gerne wissen, was wir beide unter Globalisierung verstehen und ob wir das gleiche Vorverständnis für die Diskussion haben: Globalisierung ist für mich das Ergebnis der rasanten Entwicklung der Kommunikationstechnik, der dramatischen Verringerung der Verkehrskosten und der universellen Verwendung des Englischen. Und sie ist ein Faktum, das – neben den wirtschaftlichen – viele andere Aspekte hat.

Gerster: Einverstanden. Die dramatische Reduktion von Transport- und Kommunikationskosten setzte um 1980 ein. Was vorher geschah, bezeichne ich als Internationalisierung der Wirtschaft, eine Entwicklung, die sehr viel früher – vor vielen Jahrhunderten – eingeleitet wurde. Mit Globalisierung meinen wir aber auch den Anspruch, freie Märkte nach den Vorstellungen der Spitzenreiter global durchzusetzen.

Hauser: Unser Gespräch wird sich auf die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung beschränken und sich besonders um die Frage drehen, wie man sie wirtschaftspolitisch begleiten sollte.

Gerster: Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte stehen aus meiner Sicht Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Davon betroffen sind in erster Linie viele Entwicklungsländer, das heisst die schwächeren Marktteilnehmer. Ein Grossteil der Auseinandersetzungen um Globalisierung, die in den letzten Jahren auf der Strasse stattgefunden haben, betrifft denn auch diesen Themenkomplex.

Hauser: Die Forderungen, die dabei hinsichtlich des internationalen Handels vorgebracht werden, sind interessanterweise primär

solche der Industrieländer, wie beispielsweise die Einführung von Sozial- und Umweltstandards in die Welthandelsregeln. Die Regierungen zahlreicher Entwicklungsländer lehnen solche Forderungen vehement ab. Und da stellt sich für mich die Frage, mit welcher Legitimität solche Fragen in die Agenda für die WTO-Runde aufgenommen werden sollen.

Gerster: Die WTO-Agenda des Südens hat ganz andere Prioritäten als jene des Nordens. Im Vordergrund steht die Implementierung bisheriger Liberalisierungsrunden oder, wo nötig, Nachbesserungen. Die Uruguay-Runde ging allzu oft auf Kosten des Südens. Nur ein Beispiel: Die EU hat in Indien – als Folge der Uruguay-Runde beziehungsweise der damals beschlossenen minimalen Marktöffnung – mehrere Hunderttausend Tonnen Zucker absetzen können. Indien ist der weltweit grösste Zuckerproduzent und sitzt nun auf Lagern von mehreren Millionen Tonnen. Indien kann umgekehrt keinen Zucker in die EU exportieren. Deshalb wundere ich mich nicht, dass dort in den Neunzigerjahren Hunderttausende von Bauern auf der Strasse gegen Globalisierung und WTO demonstriert haben, lange vor Seattle.

Hauser: Ich stimme zu, dass viele Probleme der Entwicklungsländer von der unzureichenden Umsetzung der Ziele der Uruguay-Runde durch die Industrieländer herrühren. Die Entwicklungsländer konnten die Früchte der Uruguay-Runde nicht ausreichend ernten. Das Textilabkommen beispielsweise wird nur verzögert durchgesetzt; und viele Marktöffnungsschritte werden erst kurz vor Ablauf der Übergangsfrist am 1.1.2005 realisiert werden.

Gerster: Es ist unglaublich: Rund 50% der Marktöffnungsschritte sollen erst am 31. Dezember 2004 in Kraft treten.

Hauser: Deshalb sind die Entwicklungsländer auch der festen Überzeugung, eine solche Politik könne gar keine glaubwürdige Marktöffnungsverpflichtung sein.

Gerster: Die Entwicklungsländer sind gegen Sozial- oder Umweltstandards in der WTO, weil sie befürchten, dass die Nichteinhaltung dieser Standards dem Norden als Vorwand dienen könnte, an Silvester 2004 diesen letzten wichtigen Schritt der Textilmarktöffnung nicht machen zu müssen. Für diese Haltung des Südens habe ich grosses Verständnis.



Bild: Keystone

Hauser: «Globalisierung ist das Ergebnis der rasanten Entwicklung der Kommunikationstechnik, der dramatischen Verringerung der Verkehrskosten und der universellen Verwendung des Englischen.» Im Bild: Junge Chinesinnen vor einer Reklamewand in Beijing.

Hauser: Neben dem Textilsektor ist der Agrarbereich ein zweites Thema, bei dem die Entwicklungsländer zu Recht unzufrieden mit den Marktöffnungsschritten der Industriestaaten sind. Auch wenn für die Schweiz die Uruguay-Runde einen wichtigen Anstoss für eine Reform der Agrarpolitik gab, die in die richtige Richtung zeigt – weg von produktbezogenen Massnahmen und hin zu Flächenbeiträgen, die an ökologische Auflagen gebunden sind – konnten die Entwicklungsländer ihr Potenzial als Anbieter bei uns nicht ausschöpfen.

Gerster: *Das ist doch Augenwischerei! In der Schweizer Agrarwirtschaft hat zwar ein Umbau der Agrarpolitik stattgefunden, aber kein verbesserter Marktzugang für die Entwicklungsländer. Die Uruguay-Runde hat vielmehr dazu gedient, unseren Selbstversorgungsgrad beim Zucker von 55% (vor der Uruguay-Runde) auf heute 85% zu erhöhen – und zwar nach dem Motto: «Wenn wir schon umbauen, müssen wir unseren Bauern auch neue Erwerbsmöglichkeiten bieten.» Das ist völlig gegen die Liberalisierungsidee.*

Hauser: Wir sollten allerdings grundsätzlicher fragen: Kann man mit der herkömmlichen Handelsagenda im Rahmen der WTO-Verhandlungen weiterfahren? Oder muss man die Strategie im Rahmen der neuen WTO-Runde grundsätzlich ändern?

Gerster: *Vorerst sollte man eine Analyse der Auswirkungen der bisherigen Liberalisierung machen und darauf achten, dass die Abkommen wirklich umgesetzt werden, bevor man neue Schritte beschliesst. Ich stehe dem in Doha beschlossenen Arbeitsprogramm skeptisch gegenüber.*

In die Analyse der Effekte muss auch das Ausbreiten des privaten Protektionismus einbezogen werden. In derselben Zeit, in der man daran ist, den staatlichen Protektionismus zurückzu-

drängen, macht sich der private Protektionismus über marktbeherrschende, multinationale Grossunternehmen breit. Diesem Phänomen sind die Entwicklungsländer viel stärker ausgesetzt als die wirtschaftlich potenten Industrieländer. Früher konnten die Entwicklungsländer zum Beispiel einem Investor lokale Bezugsverpflichtungen auferlegen; das geht heute nicht mehr. Gleichzeitig kann aber die Tochtergesellschaft eines Konzerns, die in Indien ist, bei der Muttergesellschaft in der Schweiz einkaufen, auch wenn es lokal absolut konkurrenzfähige Anbieter gibt. Diese konzerninternen Transaktionen machen heute einen ganzen Drittel des Welt Handels aus.

Hauser: Ich glaube nicht, dass ein Unternehmen systematisch bei einer teureren Quelle einkauft. Die Ausbreitung des firmeninternen Handels hat ihren Grund vielmehr in der firmenspezifischen Rechtsordnung. Das Operieren innerhalb eines weltweit einheitlichen Rechtssystems ist deutlich günstiger als Transaktionen, die eine Vielzahl von Rechtssystemen mit lokalen Zubringern tangieren. Deshalb ist firmeninterner Handel wahrscheinlich kostengünstiger, selbst wenn die eigentlichen Produktionskosten höher sind.

Ich möchte aber zur grundsätzlichen Frage der WTO-Agenda zurückkommen:

Da teile ich vorerst Ihre Meinung, dass die Uruguay-Runde nicht voll umgesetzt wurde. Die Umsetzungsmängel treffen Länder unterschiedlich; vermutlich sind die Entwicklungsländer stärker davon betroffen als die Industrieländer. Daraus einen Marschhalt abzuleiten, ist aber falsch. Vielmehr müssen die Handelsinteressen und Anliegen der Entwicklungsländer in einer nächsten Runde ernster genommen werden.

Gerster: *Eine Entwicklungsrunde also? Wir können den eingeschlagenen Weg der Globalisierung nicht weiter begehen, ohne Bilanz zu ziehen. Globalisierung hat Wachstum als oberstes Ziel. Und gerade hier hat sie interessanterweise uneingelöste Versprechen. Wenn man die Wachstumsraten der interventionistischen Zeitperiode (1960 bis 1980) mit jenen der Globalisierungs-Jahrzehnte (1980 bis 2000) vergleicht, stellt man mit einigem Erstaunen fest, dass das «Goldene Zeitalter» das interventionistische war. In dieser Zeitperiode gab es weltweit gesehen – sowohl für die Industrieländer wie für die Entwicklungsländer – allgemein deutlich höhere Wachstumsraten.*

Ebenso wichtig ist die Verteilung der Wohlstandsgewinne. Gewinner sind die Industrieländer und die südostasiatischen Schwellenländer. Weltweit gesehen haben sich die Gräben zwischen den armen und reichen Ländern vertieft. Und auch innerhalb vieler Länder ist die Ungleichheit grösser geworden. In historischer

Perspektive wird Erfolg oder Misserfolg der Globalisierung an ihrem Beitrag zur Armutsbekämpfung gemessen werden und nicht an der Wohlstandsvermehrung bei den Reichen.

Angesichts dieser ökonomischen Resultate der Globalisierung stellt sich deshalb die Frage: Was muss am eingeschlagenen Kurs der WTO geändert werden, um bessere Effekte zu erzielen?

Hauser: Die eigentlichen Gewinner der Globalisierung sind nicht primär die reichen Länder wie die USA oder Westeuropa, sondern – entgegen dem geläufigen Bild – eindeutig die Schwellenländer, die in den letzten 20 Jahren enorme Wachstumsschübe gehabt haben. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in Südostasien und auch in Lateinamerika ist sehr beachtlich. Meines Erachtens sollte vermehrt gefragt werden, weshalb nicht alle Länder gleichermaßen in diesen Prozess einbezogen werden, so vor allem die afrikanischen Länder.

Die Ursachen dafür liegen nicht in erster Linie in den Spielregeln des Welthandels, sondern vielmehr an innerafrikanischen Verhältnissen, die es diesen Ländern verunmöglichen, am Prozess der Globalisierung teilzunehmen. Ich denke hier an die willkürlich gezogenen Grenzen – ein Erbe des Kolonialismus – und an die sehr instabile politische Lage in den einzelnen Ländern, die zu ausserordentlich hohen Investitionsrisiken führt.

Gerster: *Der Erfolgspfad asiatischer Länder – wie Korea oder Taiwan – ist keine Frucht der Globalisierung. Fünf Faktoren waren für deren Entwicklung wesentlich:*

Erstens: die klare Vision der staatlichen Führung, die, wenn auch erst viel später, zu Good Governance im Sinne einer demokratischen Regierungsführung führte.

Zweitens: die kluge Wirtschaftspolitik, die aus einem Mix von Staat und Markt bestand. Die Wirtschaftspolitik mischte liberale Elemente mit viel Interventionismus, ausgerichtet auf klare Entwicklungsziele.

Drittens: das internationale Umfeld dieser Länder. Der Korea-Krieg hatte eine politische Nische für einen wirtschaftlichen Erfolgspfad geöffnet. Die Länder hatten sich zwar in politischem Wohlergehen zu üben, aber keine wirtschaftspolitische Konditionalität im Sinne einer IMF-Strukturanpassungspolitik zu erfüllen. Sie mussten gegen den Kommunismus und für die freie Welt eintreten. Dafür erhielten sie relativ weit gehende Marktöffnung im Norden. Die USA tolerierten eine Industrieprotektion in den asiatischen Ländern, die den Aufbau der eigenen Industrie ermöglichte. Zumindest in den ersten Jahrzehnten der Entwicklung genossen Taiwan und Südkorea auch massive Auslandshilfe, von der viele Länder heute nur träumen können.

Viertens: die Landreform. Sowohl für Taiwan wie für Südkorea war die Landreform Ausgangspunkt des rasanten Aufstiegs. Die Landreform ist sehr wichtig für das Wirtschaftswachstum bei den Armen.

Fünftens: die hohen Bildungsinvestitionen, auch bei den Frauen.

Dieses Erfolgsrezept hat sehr wenig mit der eigentlichen Globalisierung zu tun.

Hauser: Was Sie «kluge Wirtschaftspolitik» nennen, war die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf den Weltmarkt und auf die relativen Preise des Weltmarktes. Das ist ganz wichtig. Wo dies nicht geschieht, werden die knappen Ersparnisse falsch eingesetzt.

Taiwan und Südkorea haben es fertig gebracht, ihre Investitionen in erster Linie über eigene Ersparnisse zu finanzieren. Auch die Vermögenden haben im eigenen Lande investiert, ganz im Gegensatz zu lateinamerikanischen Ländern, wo in dieser Zeit zwar relativ viele Ersparnisse angefallen sind, aber die Ersparnisse durch die Elite ins Ausland transferiert wurden.

Marktöffnung, ein grosses Sparvolumen, das im eigenen Lande investiert wird, und eine breit abgestützte Ausbildung sind für mich die drei wichtigsten Faktoren für Entwicklung. Nehmen Sie das Beispiel China, das über ein sehr hohes Sparvolumen verfügt. Das Sparvolumen wird heute aber sehr ineffizient eingesetzt. China sucht deshalb bewusst die Weltmarktöffnung, um die Effizienz der internen Volkswirtschaft zu erhöhen.

Die erfolgreichen Länder haben zudem alle extrem in Menschen – und nicht in Ressourcen – investiert. Da ich Globalisierung als Chance betrachte, lautet für mich die zentrale Frage: Was muss gegeben sein, damit ein Land an den Vorteilen der Globalisierung partizipieren kann?

Gerster: *Zweifellos müssen viele Länder ihr eigenes Haus in Ordnung bringen. Aber auch dann stossen sie auf widrige internationale*

Gerster: «Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte stehen für mich Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Davon betroffen sind in erster Linie viele Entwicklungsländer, das heisst die schwächeren Marktteilnehmer.» Im Bild: Wellblechhütten vor der Skyline von Manila (Philippinen).



Bild: Richard Gerster

Hauser: «Neben dem Textilsektor ist der Agrarbereich ein zweites Thema, bei dem die Entwicklungsländer zu Recht unzufrieden mit den Marktöffnungsschritten der Industriestaaten sind.» Die Schweiz hat den Selbstversorgungsgrad beim Zucker seit der Uruguay-Runde gar deutlich erhöht: Die Anlieferung von Rüben bei der Zuckerfabrik Frauenfeld (im Bild).



Bild: Keystone

Spielregeln. Die afrikanischen Länder sind noch stärker als die asiatischen Länder auf die Landwirtschaft angewiesen. Die Landwirtschaft ist das Rückgrat der ärmeren und ärmsten Länder. Wie es hier mit der Liberalisierung steht, haben wir besprochen. Dasselbe Bild finden wir bei der Textilindustrie, welche die traditionelle Industrialisierungs-Lokomotive ist.

Völlig gemauert wird vom Norden auch bei der Migration, worüber die Entwicklungsländer ja gerne in der WTO verhandeln möchten.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der Entwicklung behindert, ist die Monopolisierung der Nutzung des Wissens durch den Norden.

Die erfolgreichen südostasiatischen Länder haben noch sehr viele Erfindungen ungestraft nachgeahmt, so wie es die Schweiz im letzten Jahrhundert gemacht hat. Genau das ist heute den Entwicklungsländern mit der Globalisierung à la WTO verwehrt. Von daher behaupte ich, dass der Erfolgspfad der südostasiatischen Länder heute nicht mehr begehbar ist.

Hauser: Diese Schlussfolgerung kann ich nicht mittragen.

Im Agrar- und im Textilbereich haben die reichen Länder ganz eindeutig ihre Märkte noch zu wenig geöffnet, obwohl Westeuropa und Nordamerika den Textilmarkt ohne allzu grosse Konsequenzen weit gehend öffnen könnten. Hier ist der Prozess der internationalen Arbeitsteilung schon sehr weit vorangeschritten: mit der Verlagerung von Zwischenproduktions- und Vorproduktionsschritten – vor allem vom niederen Qualitätssegment – in die Entwicklungs- und Schwellenländer sowie der Konzentration der Industrieländer auf hochwertige Designprodukte. Ob das TRIPS, das heisst das Abkommen über handelsrelevante Aspekte geistiger Eigentumsrechte, per Saldo entwicklungshemmend wirkt oder nicht, da gehen die Meinungen auseinander. Ich bin da unsicher.

Gerster: Das finde ich erfreulich!

Hauser: In der Vergangenheit wurden in der Tat viele Industrialisierungsprozesse durch eine sehr large Beachtung geistiger Eigentumsrechte unterstützt. Ein gutes Beispiel ist die Chemie in der Schweiz. Die Schweiz hatte damals ein schwächeres Patentrecht als unsere Nachbarländer Frankreich und Deutschland.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, ob die harte Durchsetzung, die jetzt über das Streitschlichtungsverfahren bei der WTO möglich ist, Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt. Die heutige Debatte um den Schutz geistiger Eigentumsrechte für neue und teure Medikamente ist ein humanes und gesellschaftspolitisch äusserst brisantes Thema.

Auf der andern Seite darf man die Regelung geistiger Eigentumsrechte nicht isoliert betrachten, denn sie hat Rückwirkungen auf die Intensität von Forschung und Entwicklung. Mit der fortschreitenden Integration der Schwellenländer in den Weltmarkt werden auch diese Länder sehr stark von der «Second-Stage-Nutzung» von Wissen abhängig, aber auch davon, dass die Wissensproduktion in schnellem Tempo erfolgt. Eine Verlangsamung des Forschungsprozesses in den westlichen Ländern hätte deshalb vermutlich auch negative Rückwirkungen auf die Schwellenländer.

Gerster: Ganz wichtig im Globalisierungsprozess ist auch die Rolle der multilateralen Organisationen. Ihre Bedeutung wächst mit dem Souveränitätsverlust, den die Nationalstaaten in diesem Prozess erfahren. Kerngeschäft der multilateralen Institutionen – also von WTO und IMF – müsste sein, den schwächeren Marktteilnehmern Schutz zu gewähren.

Hauser: WTO und IMF wurden durch völkerrechtliche Verträge geschaffen. Sie sind Instrumente in der Hand der Mitgliedsländer. Gerade bei der WTO ist es sehr schwierig, über die Köpfe der dort vertretenen Regierungen hinweg Einfluss zu nehmen. Konstruktive Kritik von NGO's, die mit Vehemenz auf Un-

gleichgewichte aufmerksam machen, ist daher sehr wichtig. In der Vergangenheit hatten sich Experten völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. Jetzt hat sich mit den NGO's eine internationale Öffentlichkeit gebildet. Solange nationale Regierungen nicht bereit sind, in bestimmtem Masse Souveränität abzutreten, müssen wir darauf vertrauen, dass diese internationale Öffentlichkeit so stark wird, dass sie das Verhalten von Regierungen verändert. Was die WTO – aber auch andere internationale Organisationen – betrifft, heisst Good Governance vor allem mehr Transparenz.

Gerster: Gerade bei IMF und Weltbank gehört eine Stimmrechtsreform dazu, um den wirtschaftlich schwachen Ländern mehr Gewicht zu verschaffen. Insbesondere müsste das demokratische Basisstimmrecht pro Land massiv aufgewertet werden. Die Legitimität der heutigen Stimmrechtsordnung wird zu Recht in Frage gestellt.

Hauser: Ich beschränke meine Ausführungen auf die WTO, die ich deutlich besser kenne. Ich warne davor, diese mit Forderungen und Ansprüchen zu überladen. Es kann nicht sein, dass die WTO zum Beispiel hauptverantwortlich für die weltweite Bekämpfung von Armut, die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und die internationale Umweltpolitik wird. Aus meiner Sicht würde dies den sicheren Tod der WTO bedeuten. Sie verfügt nicht über die entsprechende Problemlösungsfähigkeit. Diese Fragen müssen in den jeweils zuständigen Gremien diskutiert werden: Arbeitnehmerrecht und Sozialbestimmungen etwa im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und globale Umweltfragen im Rahmen entsprechender multilateraler Umweltorganisationen. Jene, welche die WTO dafür zuständig erklären wollen, motivieren dies oft damit, dass die WTO wirksamer Sanktionen ergreifen kann. Aber dieses so genannte sanktionsbewehrte WTO-Recht ist eben auch nur beschränkt durchsetzbar. Interessant ist, dass es namhafte WTO-Experten gibt, die für weniger «dispute settlement» und mehr «soft law» auch für Handelsfragen plädieren.

Gerster: Die Auswirkungen der Welthandelsspielregeln auf die Armen muss auch die WTO zur Kenntnis nehmen. Aber auch ich bin gegen eine Super-WTO, die für alles zuständig ist; Spezialorganisationen sind tatsächlich sinnvoller. Die Weltorganisation für den Schutz geistigen Eigentums (WIPO), die früher allein für den Patentschutz zuständig war, hat enorm an Bedeutung verloren, seit die materiellen Standards in der WTO diskutiert und verhandelt werden. Das ist nicht sinnvoll, war aber beabsichtigt.

Die Dominanz der WTO zeigt sich auch gegenüber den Spezialabkommen, wie zum Beispiel der Konvention über Biodiversität. Von vielen wird befürchtet, dass das WTO-Abkommen in jedem Fall Vorrang hat. Ich plädiere für eine klare Priorisierung dieser Spezialabkommen im Konfliktfall.

Hauser: Das Biodiversitätsabkommen ist in der Tat ein wichtiger Anwendungsfall. Nach Meinung von WTO-Juristen ist der Konflikt für diejenigen Länder, die Mitglieder beider Abkommen sind, nicht gross. Die Bestimmungen werden als weit gehend miteinander kompatibel erachtet. Die grosse offene Frage ist: Was passiert, wenn die USA, die nicht Mitglied des Safety-Protokolls sind, gegen eine Verletzung von WTO-Recht klagen sollten? Da sind sich die Völkerrechtsjuristen uneinig.

Ich möchte noch ein Thema diskutieren, das immer wieder zu heftigen Diskussionen Anlass gibt, nämlich jenes der internationalen Finanzarchitektur und ihrer Stabilität. Die überwiegende Meinung lautet, diese sei sehr instabil; dabei wird gerne auf das Beispiel der Asienkrise verwiesen.

Ich sehe dies anders. Es ist schon erstaunlich, mit welchen Schocks die internationale Finanzarchitektur fertig geworden ist. Klar hatte die Asienkrise enorme realwirtschaftliche Kosten für die betroffenen Länder. Dennoch ist es erstaunlich, wie gering die weltwirtschaftlichen Rückwirkungen waren und wie schnell die betroffenen Länder sich wieder erholen konnten. Das sind für mich deutliche Zeichen der Stabilität.

Die Fehler bei der Asienkrise lagen in der mangelnden Aufsicht des Finanzmarktes dieser Länder. Das private Bankensystem hat stark in Auslandswährungen operiert, sich kurzfristig verschuldet und langfristig in lokale Währung ausgeliehen. Dieses System war sehr anfällig für Wechselkursstörungen. Dafür kann eindeutig nicht die internationale Finanzarchitektur verantwortlich gemacht werden.

Gerster: Zwei Instrumente, welche die Stabilität der Finanzarchitektur verbessern, dürfen wir nicht vergessen: Das eine ist die geringfügige Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen, die Tobin-Tax, welche die kurzfristigen Transaktionen im Effekt stärker belastet. Damit würde die Instabilität im kurzfristigen Bereich ein Stück weit reduziert. Das zweite wäre ein Insolvenzverfahren für Entwicklungsländer. Sinn des Konkursverfahrens ist es, dass, wenn Fehler passiert sind, unter bestimmten Bedingungen ein Neuanfang möglich ist. Private Wirtschaftssubjekte kennen die Wohltat des Konkurses, Staaten nicht. Die Folgen sind, dass Entwicklungsländer über Jahre und Jahrzehnte Überschuldungen mitschleppen, die zum Teil unter Diktaturen aufgebaut



Bild: Richard Gerster

Gerster: «Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist heute das Wirtschaftswachstum. Die Priorität müsste vielmehr bei einer nachhaltigen Entwicklung liegen. Insbesondere sollte die Armutsbekämpfung auch im Falle von Zielkonflikten absoluten Vorrang haben.» Im Bild: Frau am Narmada-Fluss in Indien. Der Fluss ist mehr als eine Ressource; er ist die Mutter des Lebens.

wurden und die dann demokratisch gewählte Regierungen nachher ausbaden müssen. Es sind grosse Prozentsätze des Staatsbudgets, die solche Länder für die Schuldentilgung aufwenden müssen. Das Geld fehlt dann zum Beispiel bei Erziehung und Gesundheitswesen, was destabilisierend auf die Regierungen und ihre Legitimität wirkt.

Hauser: Ich bin überzeugt, dass die Tobin-Tax nicht geeignet ist, die internationale Finanzstabilität zu erhöhen, da sie zu undifferenziert und administrativ zu aufwendig ist. Hingegen habe ich ein gewisses Verständnis für die Lösung, die Chile eingeführt hat. Das Land besteuert den Kapitalimport und nicht das Wegfliessen. Auf diese Weise kann das Potenzial destabilisierender Kapitalströme viel gezielter angegangen werden als mit der allgemeinen Tobin-Steuer.

Was die Idee des Insolvenzverfahrens für Staaten betrifft, haben wir faktisch mit den international ausgehandelten Entschuldungsprogrammen eine analoge Lösung. Sie sind so etwas wie ein Nachlassvertrag. Ob sie allerdings eine effiziente Struktur aufweisen, ist eine andere Frage. Ihre Idee, diese möglichst effizient zu gestalten, findet meine Zustimmung.

Gerster: Ich möchte zur Grundfrage der Globalisierung zurückkommen.

Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist heute das Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum sollte aber nur ein Instrument sein, um andere Ziele zu erreichen. Die Priorität der Wirtschaftspolitik müsste vielmehr bei einer nachhaltigen Entwicklung liegen. Insbesondere sollte die Armutsbekämpfung auch im Falle von Zielkonflikten absoluten Vorrang geniessen.

Zu einer neuen Wirtschaftspolitik im Sinne einer Globalisierung der Gerechtigkeit gehört auch, dass der Norden gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Ländern vermehrt Chancen einräumt – namentlich in der Landwirtschaft, im Textilbereich, bei der Migration

und im Gebrauch von Wissen. Zudem müsste die Entwicklungszusammenarbeit massiv gesteigert werden – nicht einfach aus Menschenfreundlichkeit und Altruismus, sondern weil extreme Armut längerfristig ein vergifteter Boden für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Wie sehr der politische Wille heute fehlt, kommt im Vergleich mit der deutschen Wiedervereinigung zum Ausdruck. Die 15 Millionen Menschen im früheren Ostdeutschland haben in den letzten zehn Jahren jedes Jahr mehr als doppelt so viel an Transfers erhalten, wie die ganze Entwicklungszusammenarbeit weltweit beträgt – bei einem ungleich besseren Ausbildungsstand und ausgebauter Infrastruktur.

Hauser: Ich beurteile die Aufbauhilfe für die neuen Bundesländer deutlich weniger positiv. Diese extrem hohen Kosten sind darauf zurückzuführen, dass man das Lohnniveau schneller steigen liess als die Produktivität. Damit wollte man die innerstaatliche Migration verhindern. Erreicht hat man, dass die ostdeutschen Regionen immer noch ein wenig attraktiver Wirtschaftsstandort sind. Eine solche Politik können sich 60 Millionen «reiche» Westdeutsche mit 15 Millionen «armen» Ostdeutschen leisten. Aber ein gutes ökonomisches Entwicklungsmodell ist das nicht.

Wir müssen Good Governance der Entwicklungsländer unterstützen, das heisst uns dafür einsetzen, dass Regierungen gegenüber den eigenen Bürgern für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden. Und wir müssen Investitionen in Menschen unterstützen – gut ausgebildete Menschen sind der zentrale Wachstumsfaktor. Staatlich getragene Entwicklungshilfe fliesst nach wie vor zu sehr in physisches Sachkapital, in Grossprojekte, und zu wenig in Ausbildung. Und selbstverständlich müssen wir die Marktzutrittsbedingungen auf unsere Märkte für diese Länder verbessern. ■

Gesprächsmoderation:
Geli Spescha, Chefredaktor «Die Volkswirtschaft»